

## **Bericht aus Berlin und Brüssel**

**Axel Gedaschko**  
Präsident  
GdW Bundesverband deutscher  
Wohnungs- und Immobilienunternehmen

# Impressionen von der Sommertour 2011



# Kongress kommunale Wohnungsunternehmen



# Expo Real 2011



# Wie wollen Wähler wohnen?



2011

2015

2020

2025

2030

Lieber Bundestag,  
treffen Sie eine Entscheidung mit Substanz.

Städtebau und  
energetische Sanierung retten –

**JETZT!**

Die deutsche  
Wohnungswirtschaft:



Unterstützer  
des Aufrufs:



# GdW-Verbandstag 2011

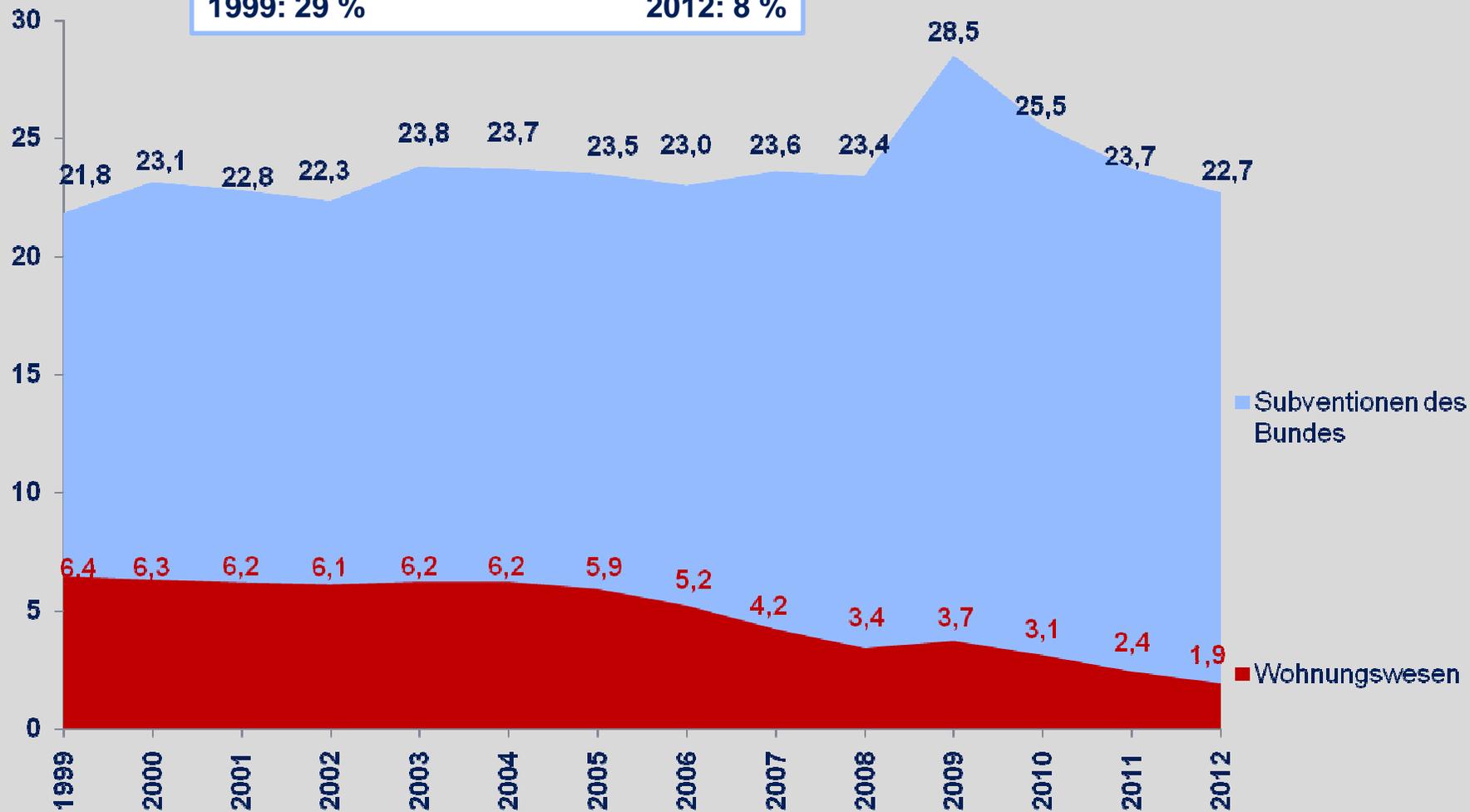
## Zukunft denken – Neues wagen – Bewährtes sichern



# Starker Rückgang der Subventionen im Bereich des Wohnungswesens 1999 - 2012

in Mrd. Euro

Anteil des Bereiches Wohnungswesen  
1999: 29 %      2012: 8 %

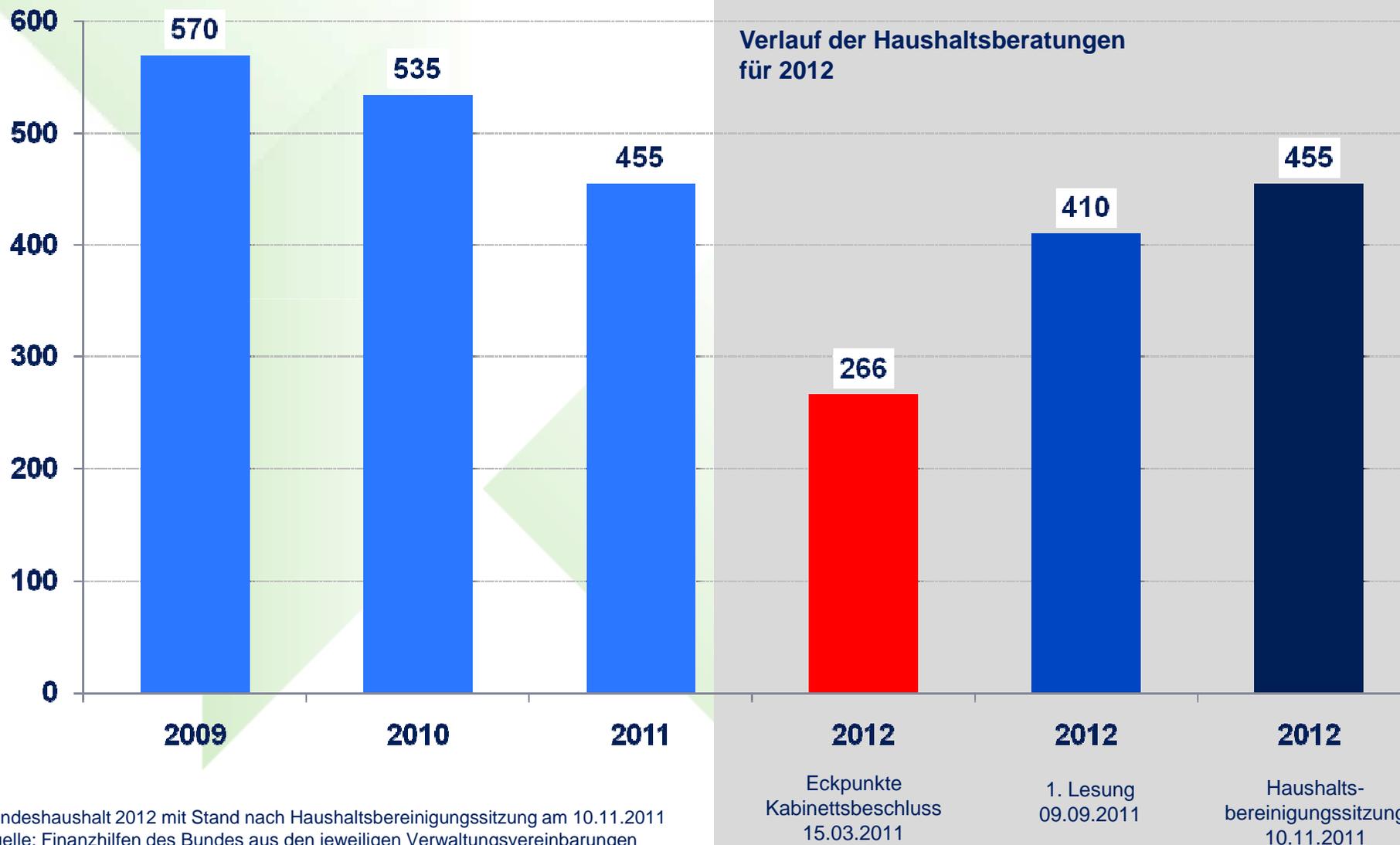


# Haushaltsbereinigungssitzung am 10.11.2011: 45 Mio. Euro mehr für die Städtebauförderung

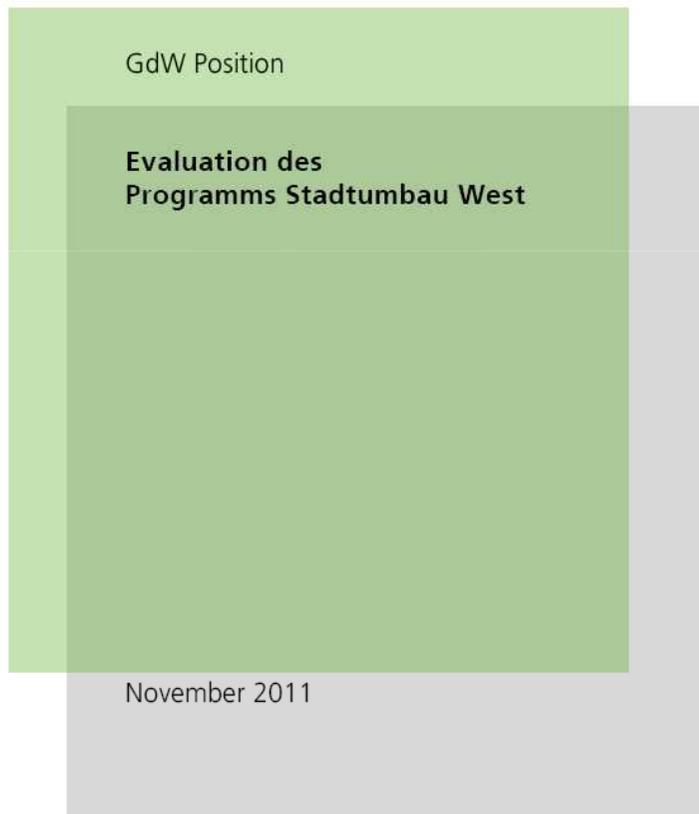
Entwicklung der Fördermittel im Bundeshaushalt seit 2009



in Millionen Euro



Bundeshaushalt 2012 mit Stand nach Haushaltsbereinigungssitzung am 10.11.2011  
Quelle: Finanzhilfen des Bundes aus den jeweiligen Verwaltungsvereinbarungen



## Empfehlungen aus der Evaluierung an Bund und Länder:

- **Stadtumbau West in seiner programmatischen Breite und Flexibilität fortsetzen.**
- **Getrennte Weiterführung der Programme Stadtumbau West und Ost.**
- **Mittelaufstockung, mindestens 96 Mio. Euro für Stadtumbau West.**
- **Beteiligung von Nothaushalts-/ Haushaltssicherungsgemeinden am Stadtumbau West sichern.**

# **Gesetz über die energetische Modernisierung von vermietetem Wohnraum und über die vereinfachte Durchsetzung von Räumungstiteln (Mietrechtsänderungsgesetz - MietRÄndG)**



**GdW**

- **Endlich Bewegung - neuer Entwurf, Stand 25.10.2011, liegt seit 17.11.2011 offiziell vor.**
- **Kaum Änderungen gegenüber dem regierungsinternen Abstimmungsdokument vom 11.05.2011.**
- **Weiterhin in der Bundesregierung nicht abgestimmt. Verbände sind aber zur Stellungnahme bis zum 17.01.2012 aufgefordert.**

- **Gegenüber bisher geltendem Mietrecht praxisgerechtere Definition der energetischen Modernisierung (Endenergie- und Primärenergieeinsparung).**
- **Ausschluss der Mietminderung für energetische Modernisierung für 3 Monate.**
- **Generelle Duldungspflicht des Mieters bei Maßnahmen, die der energetischen Modernisierung dienen.**
- **Vereinfachte Begründung zur Ankündigung der Modernisierungsmaßnahmen.**
- **Ablehnung der vorgeschlagenen einheitlichen Umlage der Contractingkosten bei allen Fallgestaltungen.**
- **GdW prüft die Tragweite, dass energieeffizienzwirksame oder klimaschützende Maßnahmen, die nicht energetische Modernisierung (s.o.) sind, zwar den Mieter zur Duldung verpflichten, aber den Vermieter nicht zum Minderungsausschluss und zur Mieterhöhung berechtigen sollen.**

## FÖRDERPROGRAMM

# Sylt will bezahlbaren Wohnraum

Das Land Schleswig-Holstein und die Gemeinde Sylt wollen gemeinsam für bezahlbaren Wohnraum für Einheimische auf der Nordseeinsel sorgen. Das Land stelle aus seinem Wohnraumförderprogramm 20 Mio. Euro dafür zur Verfügung, teilte das Innenministerium mit. Damit sollen neue Wohnungen gebaut und alte modernisiert werden. Außerdem werde geprüft, welche landeseigenen Grundstücke zu Preisen unterhalb des Verkehrswertes an die Gemeinde verkauft werden können. Sylt beteilige sich mit Eigenkapital und eigenen Grundstücken. Zudem übernehme es die Bauträgerschaft und die Liegenschaftsverwaltung. Über ihr kommunales Liegenschaftsmanagement bringe die Gemeinde einen eigenen Bestand von 1200 Wohnungen ein.

Quelle: DIE WELT vom 02.11.2011

# Endbericht „Fortführung der Kompensationsmittel für die Wohnraumförderung“



Fortführung der Kompensationsmittel für die Wohnraumförderung

Endbericht

## Forschungsprogramm

Allgemeine Ressortforschung, ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

## Projektlaufzeit

01. Oktober 2010 bis 10. September 2011

## im Auftrag

des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung (BBR)

## bearbeitet von

RegioKontext GmbH, Berlin (Arnt von Bodelschwing, Prof. Dr. Götz von Rohr)  
Plan und Praxis GbR, Berlin (Holger Pietschmann, Henning Rohwedder)

## Fazit:

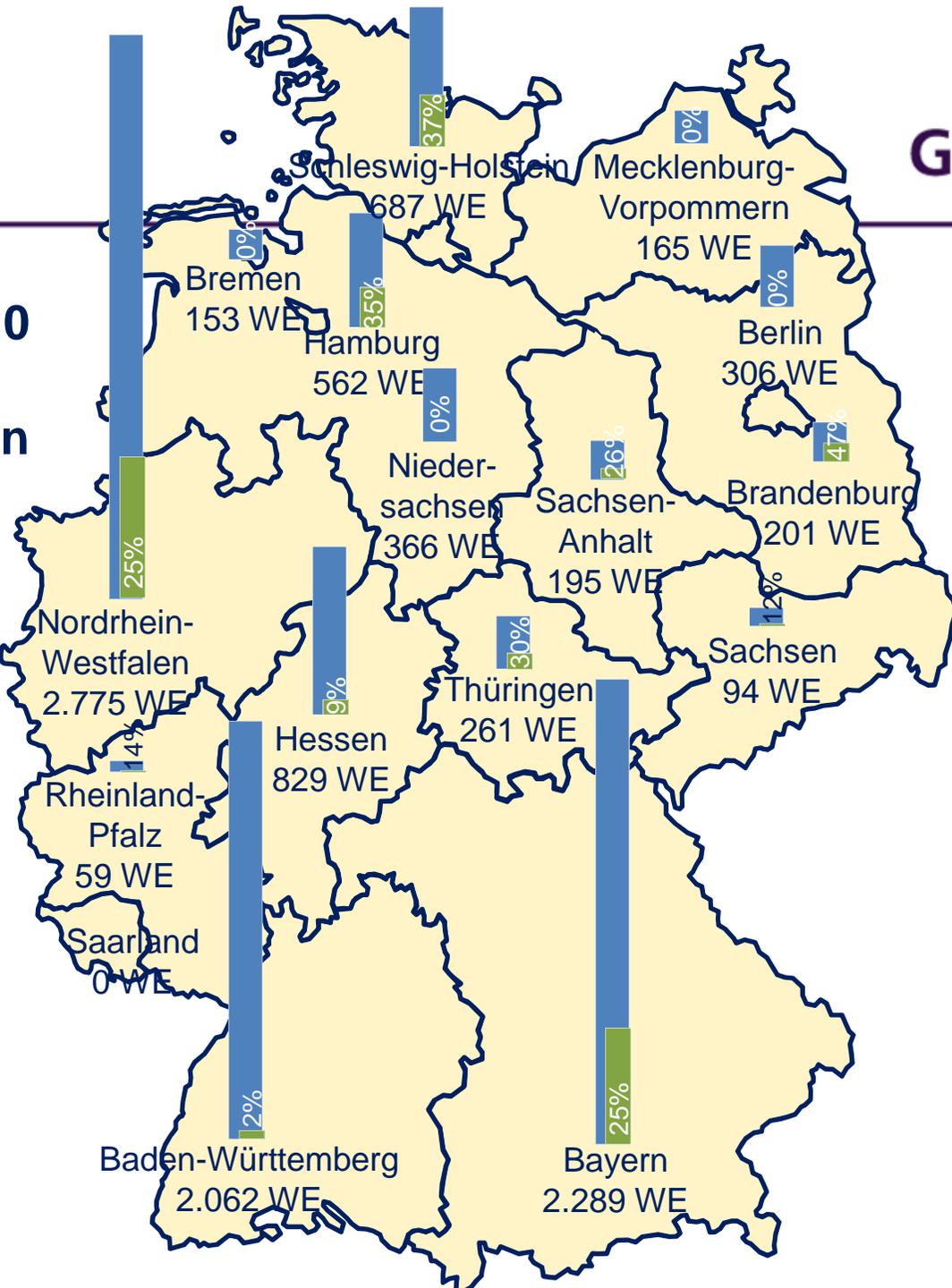
**Ohne soziale Wohnraumförderung in mindestens bisherigem Umfang würde es im Zeitraum 2014 bis 2019 insbesondere in Wachstumsregionen zu einer erheblichen Verknappung von bedarfsgerechten Wohnungen für Zielgruppenhaushalte, also preiswerter und zugleich barrierefreier und/oder energetisch sanierter Wohnungen kommen. Dies würde die Politik der Bundesregierung bezüglich der Ziele „Anpassung an den demografischen Wandel“ und „Reduktion klimaschädlicher Emissionen“ sowie generell „Unterstützung einkommensschwacher Haushalte bei der Wohnungsversorgung“ konterkarieren.**

# Wohnungsfertigstellungen 2010



Von den GdW-Unternehmen in 2010 insgesamt fertiggestellte Wohnungen nach Ländern

 Wohnungsfertigstellungen insgesamt  
 % darunter: mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert

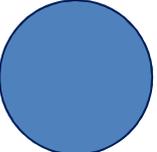


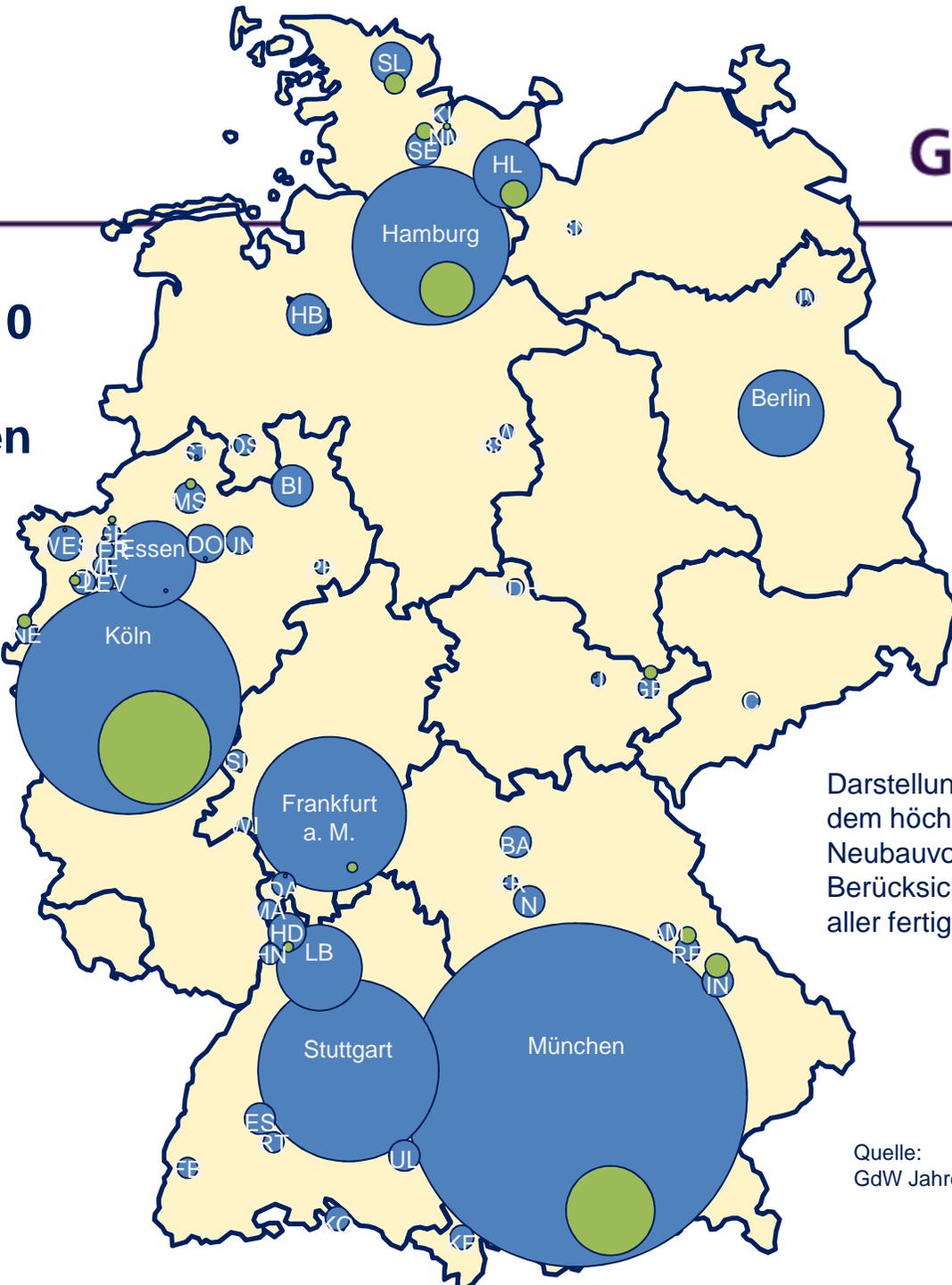
Quelle:  
GdW Jahresstatistik 2010

# Wohnungsfertigstellungen 2010

Von den GdW-Unternehmen in 2010 insgesamt fertiggestellte Wohnungen nach Kreisen

-  Wohnungsfertigstellungen insgesamt
-  darunter: mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert

-  100 WE
-  200 WE
-  500 WE



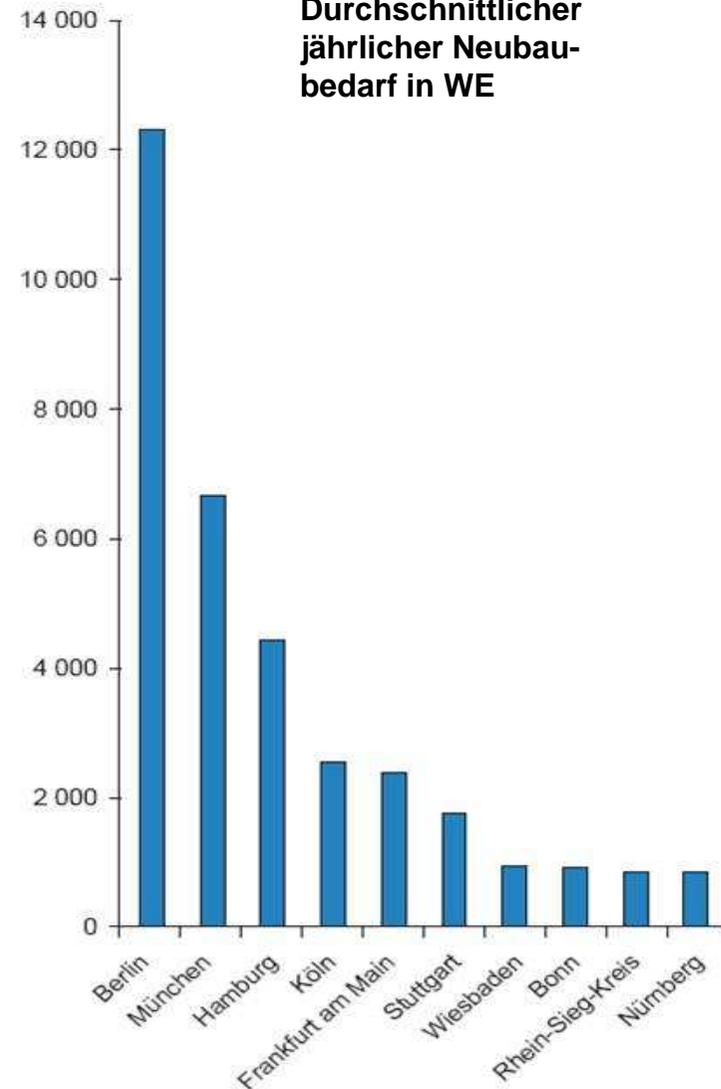
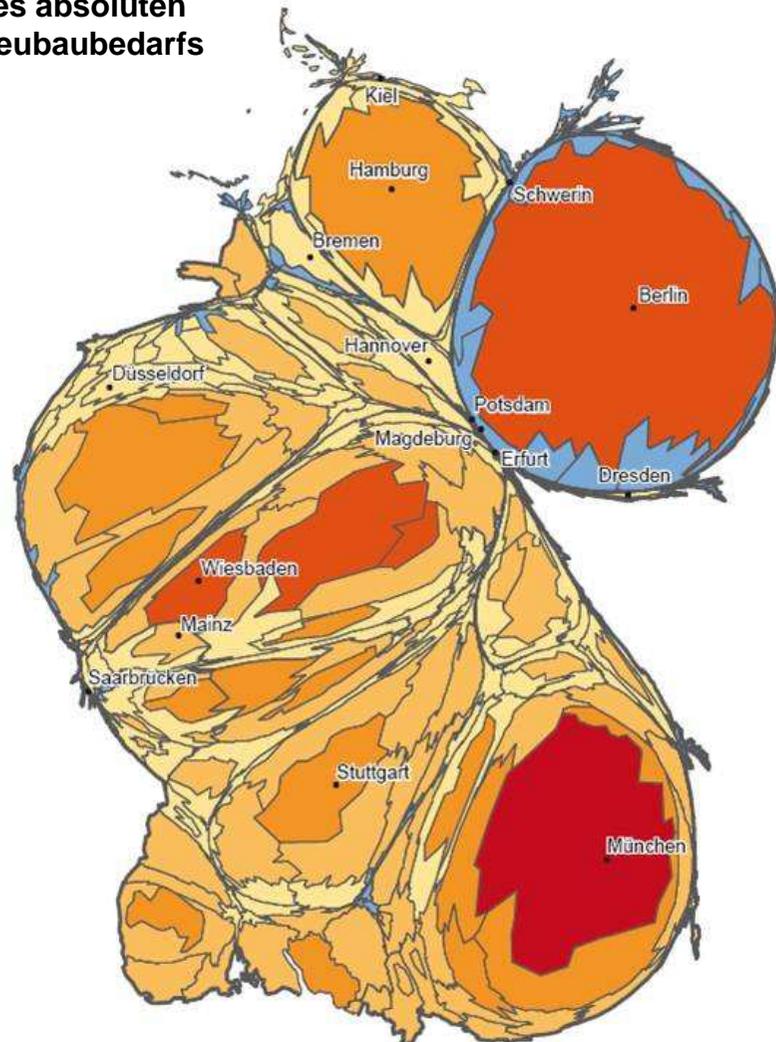
Darstellung der Kreise mit dem höchstem Neubauvolumen. Berücksichtigt sind 80% aller fertiggestellten WE.

Quelle: GdW Jahresstatistik 2010

# Absoluter Neubaubedarf von Mehrfamilienhäusern

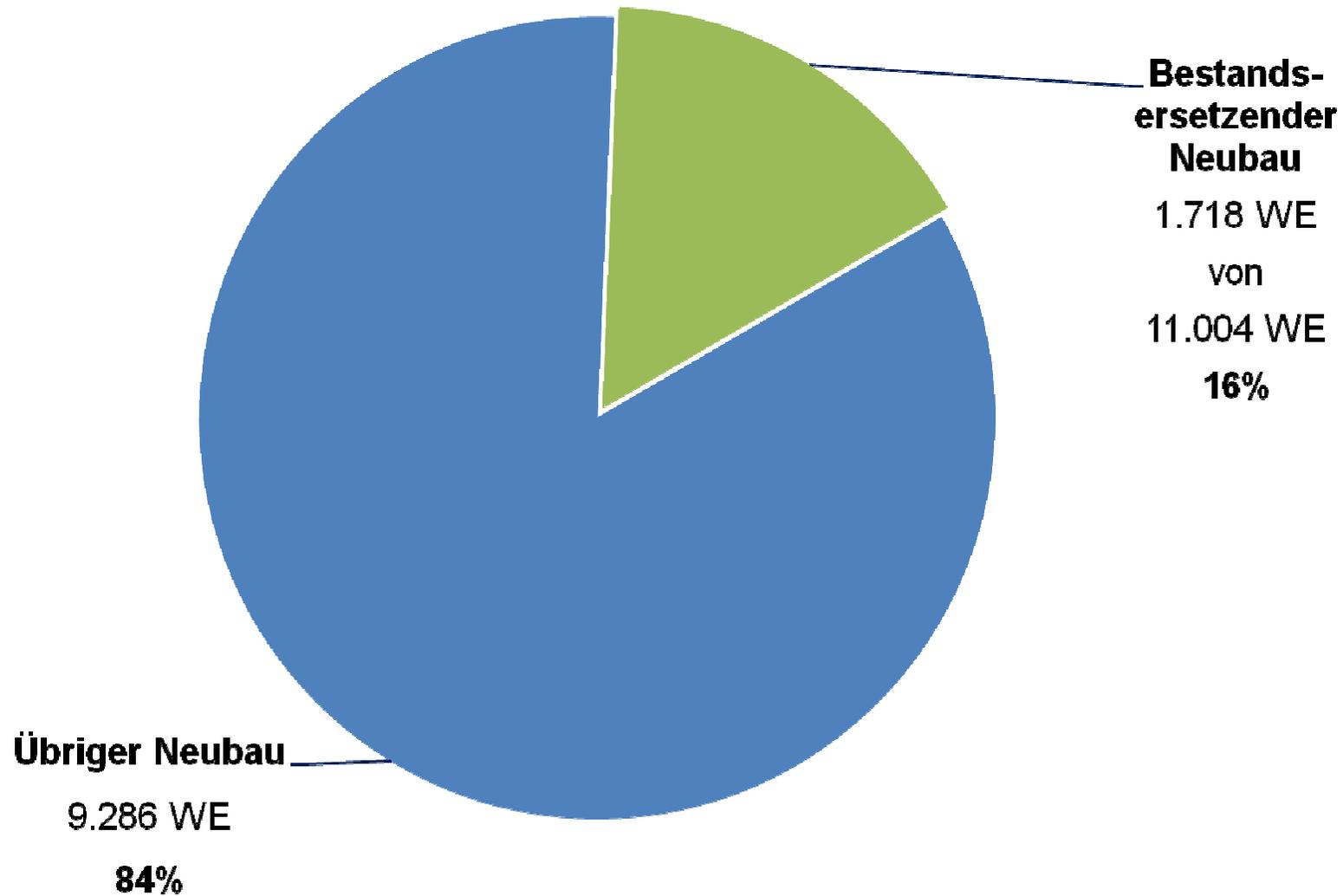
flächenproportionale Darstellung Deutschlands in Bezug auf absoluten Neubaubedarf sowie Kreise mit dem höchsten jährlichen Neubaubedarf

Durchschnittlicher Neubaubedarf p. a. in flächenproportionaler Darstellung des absoluten Neubaubedarfs



# Wohnungsfertigstellungen 2010

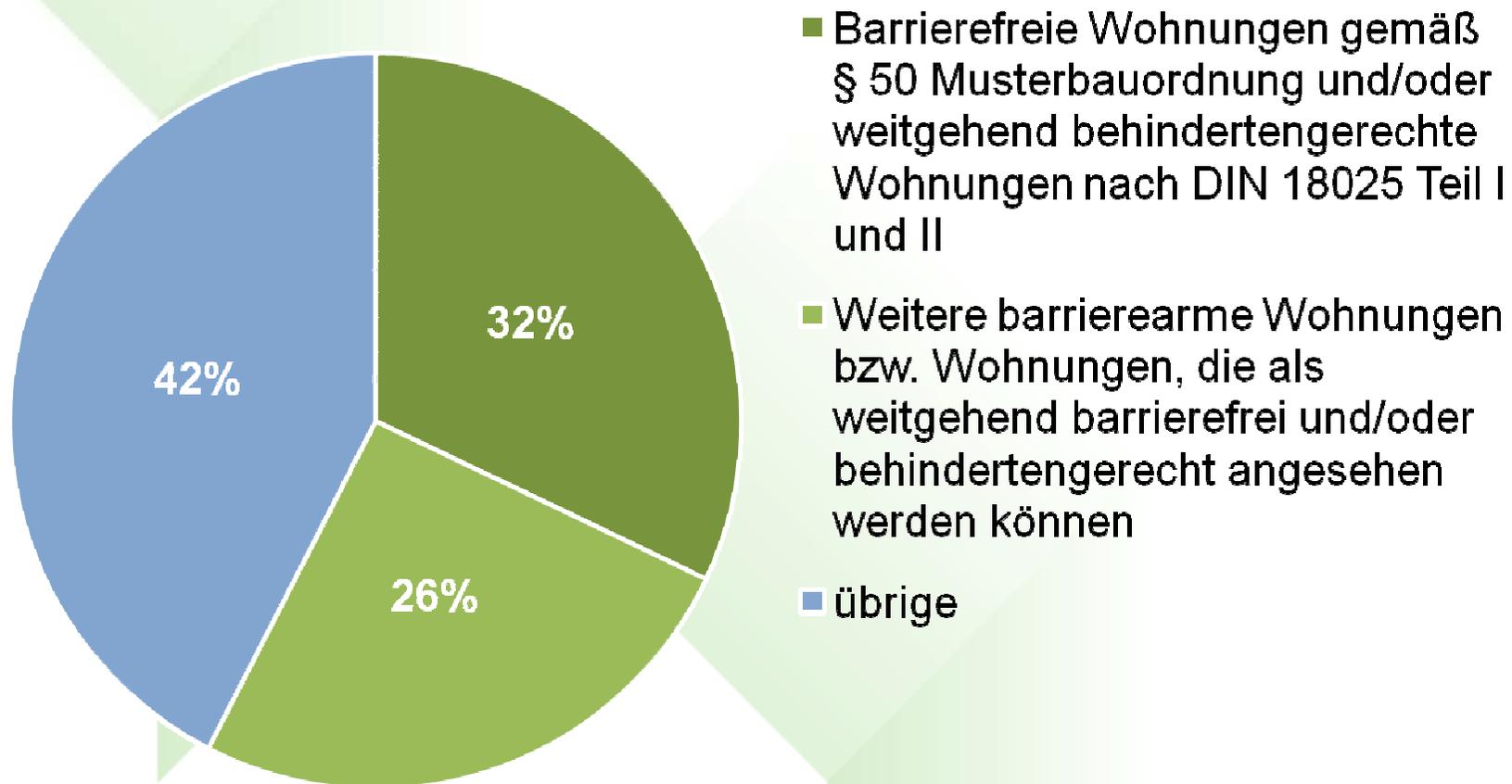
## 16 % bestandseretzender Neubau



# Rund 60 % der neu errichteten Wohneinheiten barrierefreie/-arme bzw. behindertengerechte Wohnungen



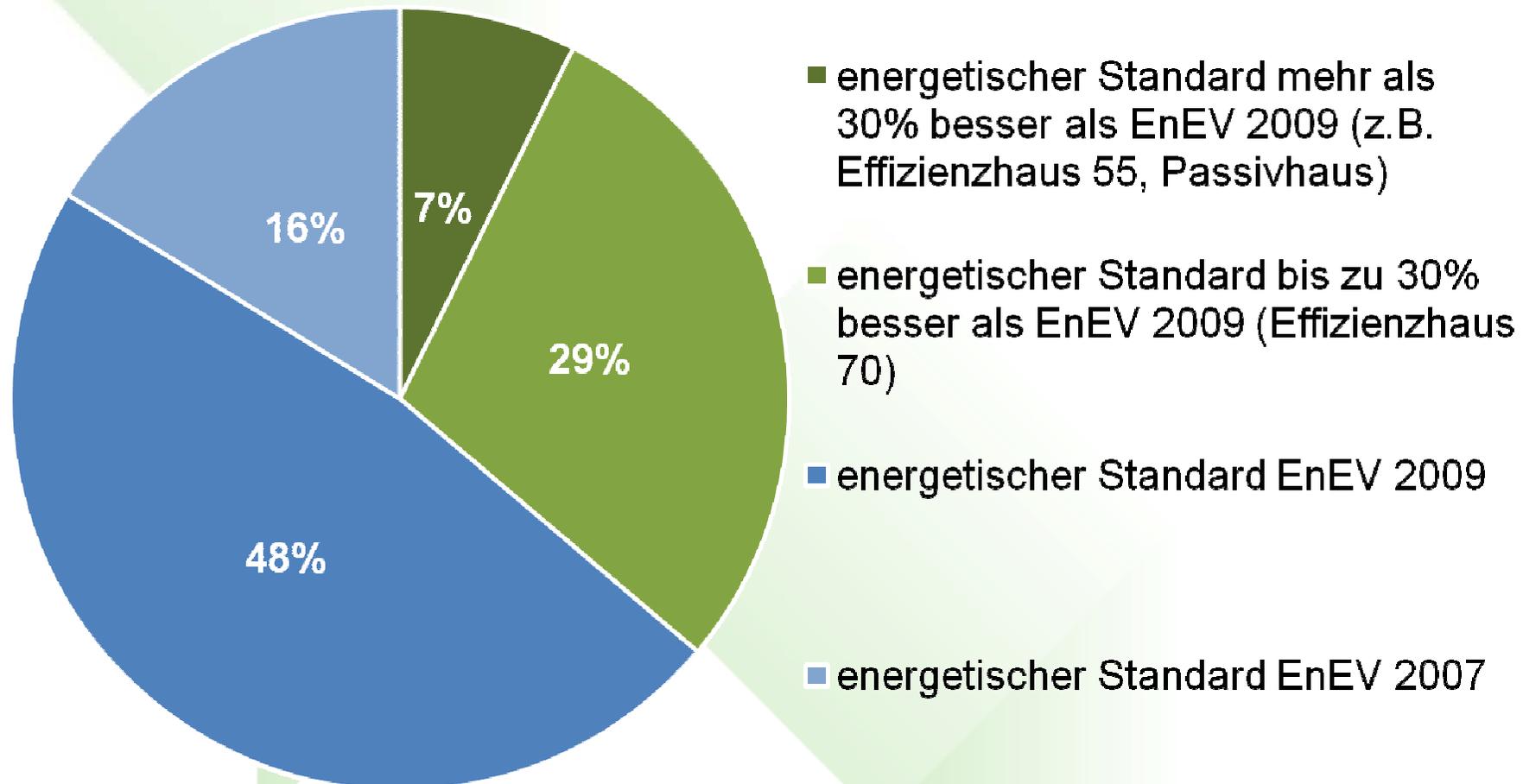
## Anteil an den neu errichteten Wohnungen in 2010



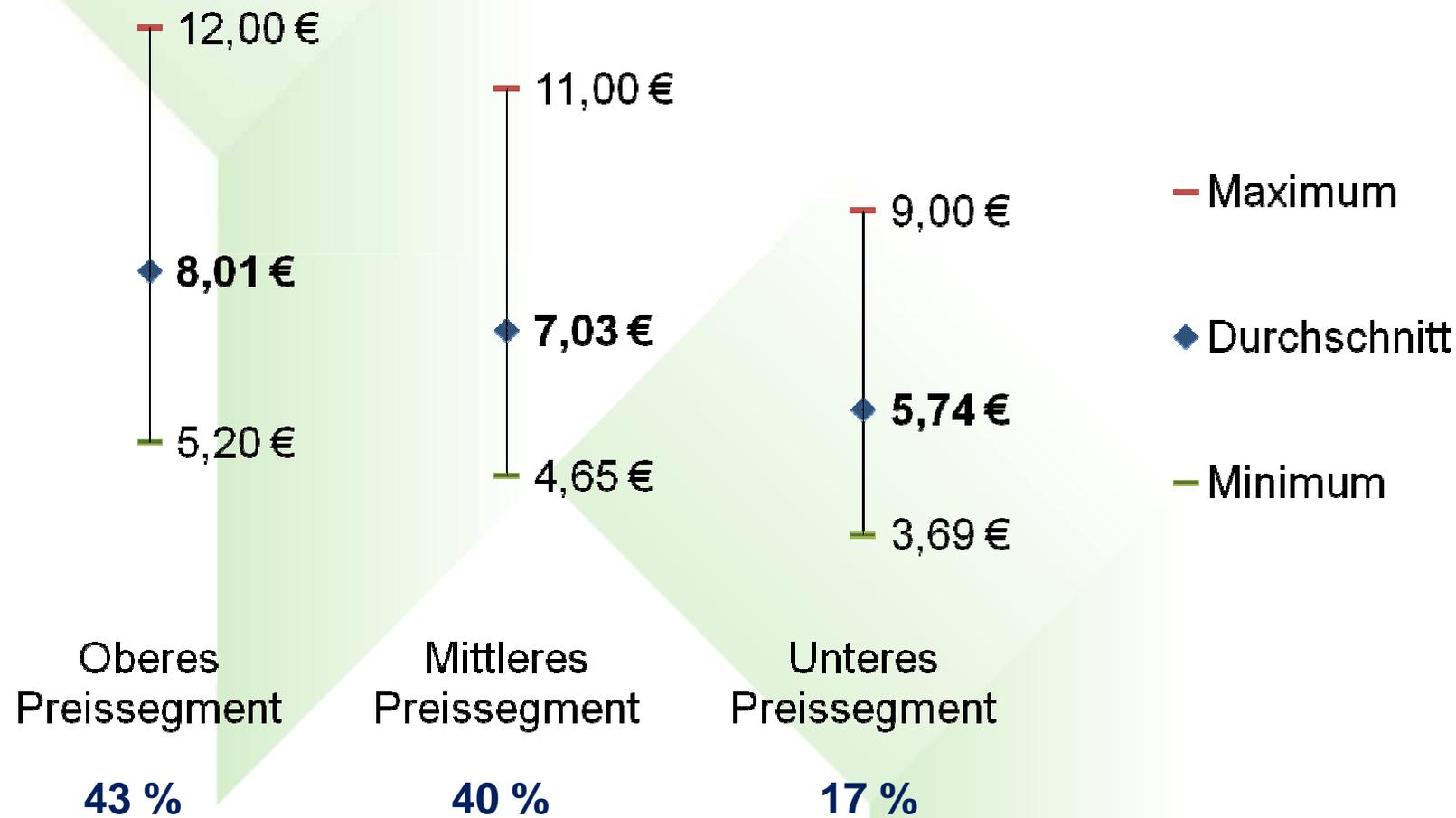
# Energetischer Standard der neu errichteten Wohnungen



## Anteil an den neu errichteten Wohnungen in 2010



# Mieten der in 2010 neu errichteten Mietwohnungen nach Mietpreissegmenten



GdW-Positionen

**Positionen des GdW  
zu aktuellen, ausgewählten  
EU-Themen**

Oktober 2011

**Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialaus-  
schusses vom 26.10.2011:**

“The Committee emphasises that, according to the Energy Efficiency Plan 2011, public buildings account for only 12% of the EU's building stock. It therefore points to the importance of the rest of the building stock and proposes that Member States consider increased and possibly binding measures on all of their building stock, and appeals for a target of this kind to be set, accompanied by appropriate funding, incentive and flanking measures. This is all the more necessary given that, as underlined in recital 15 of the proposal, the existing building stock represents the single biggest potential sector for energy savings. Moreover, buildings are crucial to achieving the EU objective of reducing greenhouse gas emissions by 80-95% by 2050 compared to 1990.”

## **Gespräch mit EU-Kommissar Oettinger am 27.10.2011 in Brüssel**

- **Energieeffizienzrichtlinie der EU und die Auswirkungen insbesondere auf die kommunalen Wohnungsunternehmen**
- **Mögliche Unterstützung der Wohnungswirtschaft durch die EU bei der Übernahme der dezentralen Energieerzeugung**
- **EU-Beihilferecht**
- **Umsetzung von Basel III in europäisches Recht**



## Demografiebericht



Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes

- Die Wohnraumversorgung ist gekennzeichnet durch erhebliche regionale Unterschiede, die sich weiter verstärken.
- Langfristig kann es jedoch insbesondere in wirtschaftsstarken Ballungsgebieten zu Engpässen kommen ... Vor allem einkommensschwächere Haushalte, ältere Menschen und Familien mit Kindern haben dort zunehmend Schwierigkeiten, angemessene und bezahlbare Wohnungen zu finden.
- Um älteren Menschen möglichst lange ein selbstständiges Leben in vertrauter Umgebung zu ermöglichen, ist es notwendig, das Angebot an altersgerechten, barrierefreien oder barriere-reduzierten Wohnungen auszuweiten sowie in das Wohnumfeld zu investieren.
- Die Ausweitung des Angebotes an altersgerechten Wohnungen sowie die Anpassung von Wohnumfeld und Infrastruktur können auch frühzeitige Unterbringungen in Pflegeeinrichtungen verzögern oder helfen, diese ganz zu vermeiden. Dies kann auch zu einer Entlastung der Sozial- und Pflegekassen führen.



GdW

GdW Arbeitshilfe 66

**Umsetzung der  
Trinkwasserverordnung 2011  
(TrinkwV 2011)**

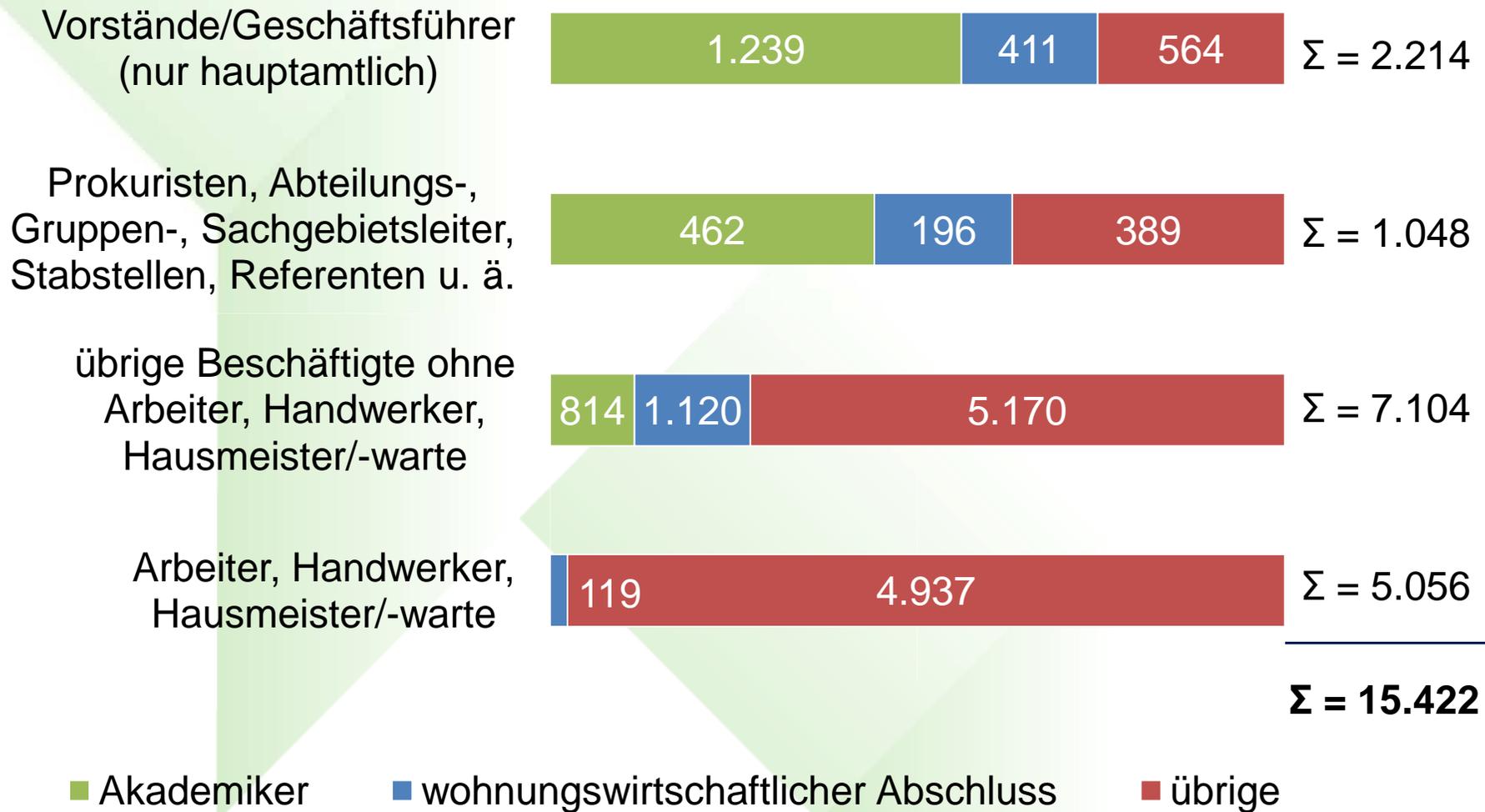
**Legionellenprüfung**

Oktober 2011



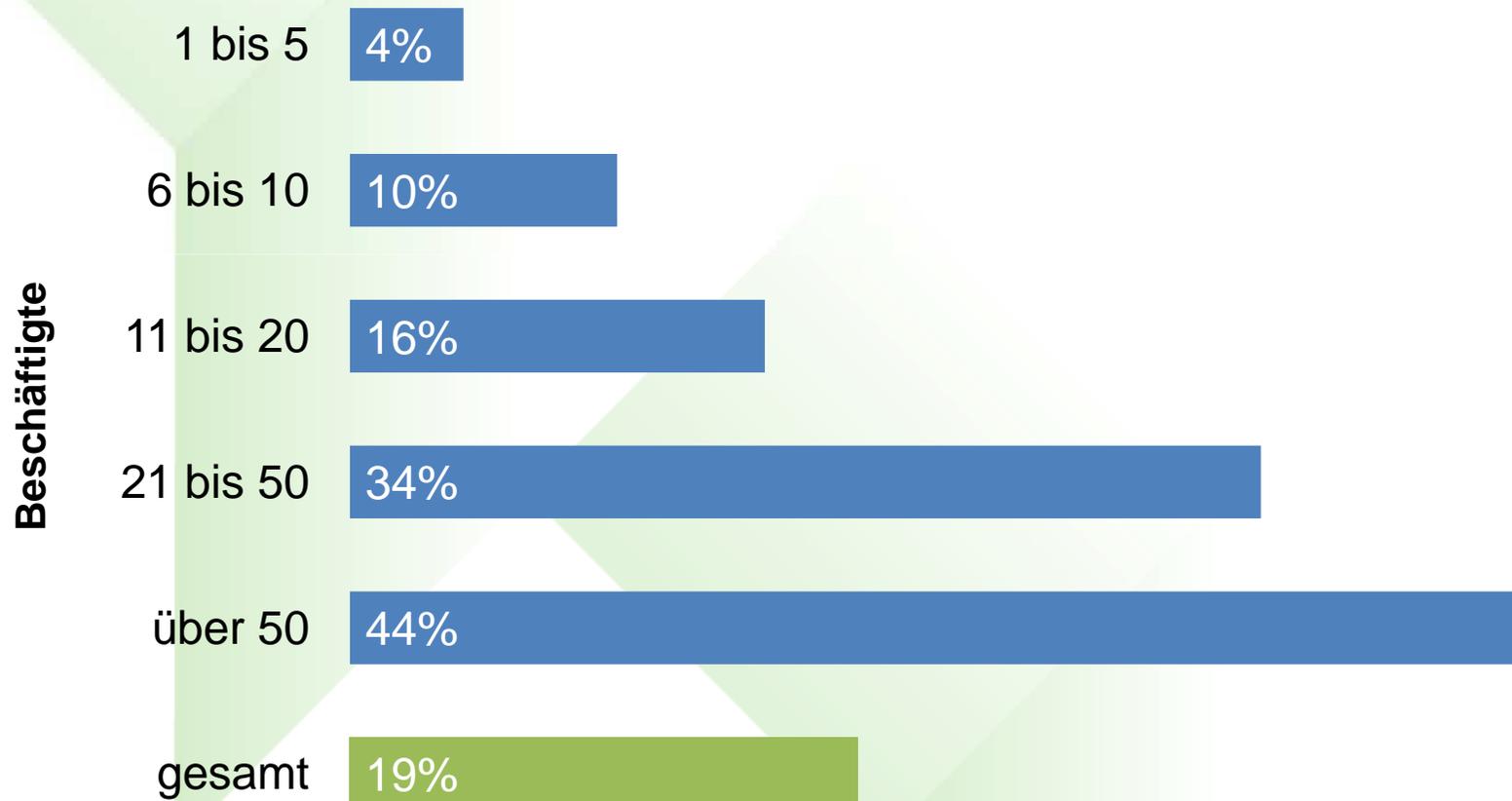


# Lebensaltersklasse 56+ Anzahl Beschäftigter und Qualifikationsstruktur (Hochrechnung)



# Personalentwicklungskonzepte nach Beschäftigtengrößenklassen

## Wohnungsunternehmen mit systematischem Personalentwicklungskonzept nach Betriebsgrößen



## Das Pilot-Projekt von GdW und Jacobs University



- Steigender Personalentwicklungsbedarf in der Immobilienwirtschaft
- Zugleich strukturbedingte Personalentwicklungs-Engpässe bei Mitgliedsunternehmen
- Projekt soll „mobile Personalentwicklung“ als potenzielles Angebot des Verbands erproben
- Training der Lernkompetenz als erstes Angebot



# Der Masterstudiengang „Real Estate Management“ der Bochumer EBZ Business School bereitet bundesweit am besten auf den Beruf vor



„Praxis-Check“ des Centrum für  
Hochschulentwicklung (CHE):

- Bundesweit hat das CHE 1.543 Studiengänge auf Herz und Nieren untersucht.
- Auf Platz Eins mit 44 von 45 möglichen Punkten landete der Masterstudiengang der erst vor drei Jahren gegründeten EBZ Business School.

Auch die Bachelorstudiengänge Business Administration (die internationale Bezeichnung für Betriebswirtschaft) und Real Estate rangieren mit jeweils drei (von drei möglichen) Sternen in der Spitzengruppe.



**SPANNENDER ALS DU DENKST!**

Der Ausbildungsberuf Immobilienkaufmann/-frau.

Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sucht Azubis für den Ausbildungsberuf Immobilienkaufmann/-frau. Kein trockener Schreibtischjob, sondern ein abwechslungsreicher Beruf mit tollen Karrierechancen, bei dem es um ein Thema geht, das alle betrifft: Wohnen und Immobilien. Immobilienkaufleute sorgen für gutes und sicheres Wohnen und stellen die Dienstleistungen rund um die Immobilie sicher.  
**JETZT INFORMIEREN UND BEWERBEN!**



Der Ausbildungsberuf Immobilienkaufmann/-frau.

**LOGO** Musterunternehmen  
Herr Muster-Meier  
Musterstraße, 12345 München, T. 123. 678 900

Du bist mehr Immobilienprofi, als du denkst!  
www.immokaufleute.de



Folgende Messetermine sind für 2011 und 2012 schon fest gebucht:

### Messetermine 2011

Berlin  
26.11.2011 Postbahnhof

Hamburg  
10.12.2011 Messe und Congress

### Messetermine 2012

Essen  
10.03.2012 Zollverein

Stuttgart  
21.04.2012 Liederhalle

Frankfurt  
15.09.2012 Goethe Universität

Düsseldorf  
22.09.2012 Mitsubishi Electric Halle

Berlin  
24.11.2012 Postbahnhof

Hamburg  
1.12.2012 Sporthalle Hamburg

Hannover  
8.12.2012 HCC

# Relaunch der Fachzeitschrift wi Wohnungspolitische Informationen

C 7410

## wi 40

WOHNUNGSPOLITISCHE  
INFORMATIONEN

Ausgabe 7. Oktober 2011

### Inhalt

- 2 Basel III und Solvency II – Experten diskutierten bei der EXPO REAL die neuen Regularien und ihre Auswirkungen auf die Immobilienwirtschaft.
- 5 Neubaubedarf in Ballungsräumen – „Der Wohnungsneubau liegt seit Jahren unter dem tatsächlichen Bedarf“, so BWV-Präsident Walter Rasch.
- 8 „Immobilien-Marketing-Award 2011“ verliehen – „Im Marketing in Deutschland tut sich etwas“, so das Fazit des Jury-Vorsitzenden Prof. Stephan Kippes von der HfWU.

### Energiewende und Stadtentwicklung bestimmen Diskussionen der BSI bei der EXPO REAL 2011

München – „Auf der EXPO REAL in München, dem jährlichen Treffpunkt der Immobilienbranche, hat die BSI auch in diesem Jahr wieder die Themen, die die Branche bewegen, diskutiert – von Energie und Mietrecht bis hin zu Social Media und Dienstleistungen rund um die Immobilie“, erklärte Axel Gedaschko, Vorsitzender der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI) und Präsident des GdW Bundesverbands, am BSI-Stand, den er gemeinsam mit Dr. Andreas Scheuer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), eröffnete.



Dr. Andreas Scheuer, Parlamentarischer Staatssekretär im BMVBS, am BSI-Stand bei der EXPO REAL.

Scheuer lobte die Immobilienbranche als wichtiges Konjunkturbarometer und Innovationstreiber. „Die Immobilienwirtschaft war ein stark stabilisierender Faktor in der Wirtschafts- und Finanzkrise“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär. Er betonte die Bereitschaft seines Ministeriums, auch weiterhin einen engen Dialog mit der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft zu pflegen.

Der BSI-Vorsitzende Axel Gedaschko stellte die Handlungsschwerpunkte der BSI für

die politische Arbeit vor. „Was uns aktuell bewegt, sind die deutlich zu niedrigen Etatpositionen, welche die Bundesregierung im Haushalt 2012 für Wohnungspolitik vorsieht. Bleibt es bei den derzeitigen Plänen, stehen bei Gebäudesanierung, Städtebauförderung und altersgerechtem Umbau drastische Einschnitte bevor. Das wird am Wohnungsmarkt nicht spurlos vorbeigehen“, so der BSI-Vorsitzende.

Weiter auf Seite 3 ➔

### Aktuelle Meldungen

#### Preisindex für Wohngebäude gesiegen

Der Preisindex für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk, einschließlich Umsatzsteuer) in Deutschland stieg im August 2011 gegenüber August 2010 um 2,9 Prozent. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilte, hatte der Preisanstieg im Mai 2011 im Jahresvergleich 2,7 Prozent betragen. Von Mai 2011 auf August 2011 erhöhte sich der Preisindex um 0,6 Prozent. (Destatis)

#### Zensus 2011: Befragung zur Klärung des Wohnsitzes

Ab Oktober 2011 findet im Rahmen des Zensus 2011 die Befragung zur Klärung des Wohnsitzes statt. Mit Hilfe dieser Befragung klären die Statistischen Ämter der Länder vor allem in kleineren Gemeinden unter 10.000 Einwohnern unstimulierte Angaben aus den Melderegistern. Die Befragung zur Klärung des Wohnsitzes erfolgt in erster Linie per Post. (wi)

#### Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund steigt

Im Jahr 2010 stieg die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund weiter leicht an. Sie lag bei gut 15,7 Millionen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf der Basis von Ergebnissen des Mikrozensus 2010 weiter mitteilte, entsprach das einem Anteil von 19,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung Deutschlands. (Destatis)

## wi

WOHNUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN

C 7410

## 39

Ausgabe 29. September 2011

### Die Themen der Woche

#### Gebäudesanierung ohne Förderung

Im Streit über die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung ist weiter keine Einigung in Sicht, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 23. September 2011 berichtete. Der Bundestag hatte am Vortag abgelehnt, den Vermittlungsausschuss anzurufen – Union und FDP stimmten gegen einen solchen Antrag der Grünen. Das Parlament forderte die Bundesregierung aber auf, gegenüber den Ländern auf die steuerliche Abgeltbarkeit zu dringen. Anfang Juli 2011 war ein Gesetz der Koalition im Bundesrat gescheitert, weil die Länder die Steuerausfälle von gut 800 Millionen Euro nicht hinnehmen wollten, die sich für sie aus der vom Bund geplanten Förderung der Hauseigentümer im Umfang von 1,5 Milliarden Euro über zehn Jahre ergäben. Auch die Bundesregierung zögerte bisher, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Auf die Steuervorteile dringen Bau- und Wohnungsverbände sowie das Handwerk. (wi)

#### Mehr Aufträge im Bauhauptgewerbe

Im Juli 2011 sind die Auftragsgänge im Bauhauptgewerbe im Vergleich zum Juli 2010 preisbereinigt um 6,1 Prozent gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilte, nahm dabei die Bauachfrage im Hochbau um ein Prozent und im Tiefbau um elf Prozent zu. Der Gesamtumsatz belief sich im Juli 2011 auf rund 8,4 Milliarden Euro und stieg damit gegenüber Juli 2010 um 1,9 Prozent. Ende Juli 2011 waren in den Betrieben des Hoch- und Tiefbaus 724.000 Personen tätig; das waren etwa 5.500 Personen weniger als ein Jahr zuvor (-0,8 Prozent). In den ersten sieben Monaten 2011 stiegen die Auftragsgänge des Bauhauptgewerbes preisbereinigt um 4,5 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Gesamtumsatz des Bauhauptgewerbes betrug im Zeitraum Januar bis Juli 2011 knapp 45,6 Milliarden Euro und lag damit um 12,6 Prozent über dem Niveau der ersten sieben Monate 2010. Die Zahl der tätigen Personen ist in diesem

Zeitraum um durchschnittlich 0,2 Prozent gestiegen. (Destatis)

#### Wirtschaft im Stimmungstief

Die deutschen Unternehmen stellen sich wegen der Schuldenkrise und der nachlassenden Weltkonjunktur auf einen Abschwung ein, wie die *Süddeutsche Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 27. September 2011 berichtete. Der Ifo-Geschäftsklimaindex sank im September um 1,2 auf 107,5 Punkte. Der dritte Rückgang in Folge fiel zwar nicht so stark wie befürchtet aus, drückte das Barometer aber auf den niedrigsten Stand seit Juni 2010. Die 7.000 befragten Manager schätzten die Aussichten so schlecht ein wie seit über zwei Jahren nicht mehr; beurteilten die Situation aber noch besser als zu Jahresbeginn. „Die weiterhin gute Lage der Unternehmen zeigt, dass sich die deutsche Konjunktur bislang von den politischen Turbulenzen abkoppeln konnte“, sagte Ifo-Chef Hans-Werner Sinn. Er erwarte wie Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler keine Rezession. (wi)

#### Umsatzgrenze bei Ist-Versteuerung

Die Bundesregierung hat beschlossen, die Umsatzgrenze von 500.000 Euro für die Anwendung der Ist-Versteuerung bei der Umsatzsteuer dauerhaft festzuschreiben, wie die *Immobilien Zeitung* am 23. September 2011 berichtete. „Das bringt den baugewerblichen Unternehmen dringend benötigte Liquidität und Planungssicherheit“, begrüßte Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe (ZDB), diesen Beschluss. Bei der Ist-Versteuerung wird die Umsatzsteuer erst dann entrichtet, wenn die Rechnung vom Auftraggeber gezahlt wurde. Das sei vor allem für kleine und mittlere Unternehmen aus dem Baugewerbe von Vorteil, da viele Auftraggeber häufig verzögert zahlen. Würde die Umsatzgrenze beibehalten, könne sich für 2012 die Liquidität der Unternehmen um 1,1 Milliarden Euro erhöhen, so Pakleppa. Der Bundesrat muss der Gesetzesänderung noch zustimmen. (wi)

BSI begrüßt Bundesratsbeschluss zum Haushalt 2012 – Stadtentwicklung angemessen fördern – „Die Bundesregierung ist nun gefordert, im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsgesetz 2012 die Mittelaussätze im Bereich der Stadtentwicklung anzuhäufeln“, erklärte der BSI-Vorsitzende und GdW-Präsident Axel Gedaschko am 23. September 2011. Mehr auf Seite 2

Wohnungswirtschaft in Sachsen-Anhalt gründet Demografie-Allianz – Über 50 Institutionen – darunter VdW und VdWg – haben am 21. September 2011 gemeinsam die Gründungszeremonie „Auf dem Weg zu einer starken Partnerschaft für eine gute Zukunft Sachsen-Anhalts“ unterzeichnet. Mehr auf Seite 2

Niedersächsische Sozial-, Kommunal- und Wohnungsverbände für Erhalt der Städtebauförderung – In einer gemeinsamen Stellungnahme lehnen der vdw Niedersachsen Bremen und weitere niedersächsische Sozial- und Kommunalverbände die Kürzung der Städtebauförderung ab und schließen sich der Resolution der Sonderbauministerkonferenz vom 28. Juni 2011 an. Mehr auf den Seiten 2-3

VNW-Arbeitsstagung 2011: Kein Kahlschlag bei der Wohnungsbauförderung! – Vom 19. bis 21. September 2011 fand in der Musik- und Kongresshalle Lübeck die Arbeitstagung des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V. (VNW) statt. Mehr auf Seite 3

Aktueller Zahlenspiegel 9/2011 – Die Rahmenstatistik zur Wohnungswirtschaft in Deutschland. Mehr auf Seite 4

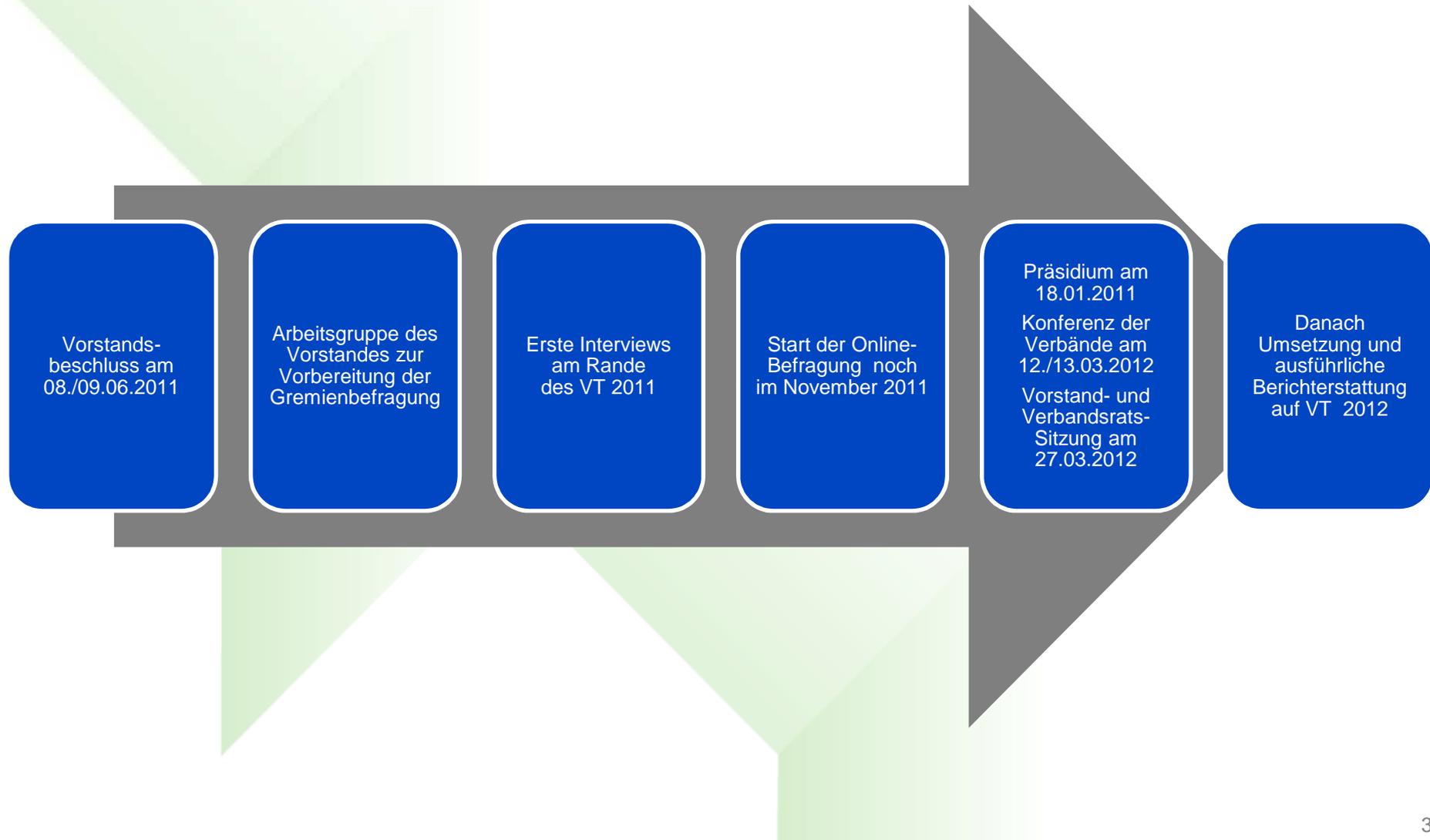
Studie des VdW Rheinland Westfalen: Landesrecht hemmt Ausbau altersgerechter Wohnformen – Um das Angebot altersgerechter Wohnformen auszubauen, müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene verbessert werden. Das hat eine im Auftrag des VdW Rheinland Westfalen erstellte Studie ergeben. Mehr auf den Seiten 4-5



7 433840 014974



7 433840 014974



GdW Verbandstag 2011

**Überblick über die interessenpolitische  
Arbeit des GdW zu ausgewählten Themen  
im Jahr 2011**

November 2011